Von Prognosen und ihrer Treffgenauigkeit

Rigi Kulm an einem schönen Tag im Mai: Die Gäste kommen in Scharen. Rigi Kulm eine Woche später: Es regnet wie von den Meteorologen vorausgesagt. Die Folge: die Gäste lassen sich an einer Hand abzählen.

Was passiert aber, wenn die Prognose schlecht ist und das aber Wetter gut? In einem solchen Fall erleiden die Bahnen und Restaurants auf der Rigi Umsatzeinbussen, da viele potenzielle Ausflügler sich auf schlechtes Wetter eingestellt haben und zu Hause bleiben. Sie haben diesen Schaden selbst zu tragen, und es nützt ihnen wenig, wenn sie die Schuld den Meteorologen in die Schuhe schieben. Glücklicherweise hält sich das Risiko solcher Fehlprognosen in Grenzen. Denn im Vergleich zu früher können die Meteorologen das Wetter heute auf ein bis drei Tage hinaus erstaunlich präzise voraussagen. Trotzdem bleibt ein kleines Restrisiko für Fehlprognosen, und diese können sich stark auswirken, weil man heute eine hohe Treffsicherheit gewohnt ist und sich auf die Wetterprognosen verlässt.



Nicht nur beim Wetter, sondern auch in anderen Bereichen ist die Wirtschaft an verlässlichen Prognosen interessiert. So sind viele Unternehmen bei strategischen Entscheiden über Investitionen auf Voraussagen zur Wirtschaftsentwicklung angewiesen. Das hat in den letzten Monaten etwa die Solarindustrie bitter erfahren müssen: Denn trotz der viel diskutierten Energiewende ist der Absatzmarkt aufgrund von Überkapazitäten praktisch zusammengebrochen. Davon sind auch Schweizer Unternehmen wie zum Beispiel Komax oder Meyer Burger betroffen.

Kapitalanleger sind ebenfalls sehr interessiert an Prognosen. Hier zeigen die letzten Monate, wie schwierig der Blick in die Zukunft ist: Wer hat wohl Ende 2012 richtig vorausgesagt, dass der SMI-Index bis heute um 15 Prozent steigen, der Goldpreis in Schweizer Franken um 10 Prozent sinken und der Yen sich gegenüber dem Schweizer Franken um 9 Prozent abwerten wird?

Wie schwierig Prognosen selbst bei überschaubaren Verhältnissen und einem kurzen Zeithorizont sind, beweisen die in den letzten Wochen publizierten Gemeinderechnungen für das Jahr 2012. Viele Gemeinden in der Zentralschweiz melden überraschend positive Rechnungsabschlüsse: So erzielte die Urner Gemeinde Altdorf statt eines Defizits von

AUSSICHTEN

1,5 Millionen einen Überschuss von 0,14 Millionen Franken. Die Zuger Gemeinde Cham hat statt einer ausgeglichenen Rechnung einen Überschuss von beeindruckenden 11 Millionen Franken bekannt gegeben, oder die Obwaldner Gemeinde Giswil kann statt eines Defizits von 0,45 Millionen einen Überschuss von 1,04 Millionen Franken ausweisen.

«Nicht nur beim Wetter, auch in anderen Bereichen ist die Wirtschaft an verlässlichen Prognosen interessiert.»

Schaut man die Begründungen für diese Überschüsse an, so werden in erster Linie einmalige Einnahmen aus Erbschafts- und Schenkungssteuern, höhere Steuererträge von juristischen Personen (zum Beispiel aufgrund von Zuzügen von Unternehmen) oder überraschend hohe Handänderungs- und Grundstückgewinnsteuern genannt. Dies zeigt, dass offenbar vor allem die Prognose der Steuereinnahmen sehr schwierig ist, da diese teils von unvorhersehbaren Ereignissen abhängen. Die Ausgaben hingegen sind besser planbar, und die Gemeinden haben ihre Budgets auf der Kostenseite recht gut im Griff.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei jenen Gemeinden, welche im Rechnungsabschluss negative Überraschungen erleben. Bei Emmen etwa liegt das Defizit bei 8,9 statt 5,4 Millionen Franken. Einer der Hauptgründe dafür sind Einnahmenausfälle bei den Steuern für juristische Personen, welche auf eine Steuergesetzrevision zurückzuführen sind. Die Auswirkungen dieser Steuergesetzrevision wurden auch von anderen Luzerner Gemeinden wie etwa Hochdorf unterschätzt. Diese mussten teils massiv schlechtere Rechnungsergebnisse ausweisen als zuvor budgetiert.

Die Zahl der Gemeinden, die im Rechnungsabschluss mit negativen Überraschungen aufwarten, hält sich aber glücklicherweise in Grenzen. Eine – nicht repräsentative – Analyse von 45 Gemeinden aus der Zentralschweiz zeigt, dass bei vier Fünfteln dieser Gemeinden die Rechnung 2012 besser und nur bei einem Fünftel schlechter abschliesst als budgetiert. Dies ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass die Gemeinderäte lieber etwas zu vorsichtig budgetieren als zu optimistisch. Das heisst, sie rechnen bei der Budgetierung der künftigen Einnahmen eben keine unvorhersehbaren Überraschungen mit ein.

Die Beispiele zeigen es: Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch private Anleger und selbst die Gemeinden müssen damit leben, dass die Zukunft nur bedingt voraussehbar ist. Da Fehlprognosen zu Fehlentscheiden führen und wirtschaftliche Folgen haben, reicht es nicht, sich beim Blick in die Zukunft auf die Prognosen von Fachleuten abzustützen.

Es ist unerlässlich, dass die Entscheidungsträger immer auch eigene Einschätzungen zur Zukunft machen. Dabei kommen ihnen Erfahrung und das Gespür für Chancen und Risiken zugute. Dabei lohnt es sich, in Szenarien zu denken und auch zu überlegen, was passieren könnte, wenn dann doch alles komplett anders kommt als erwartet.

CHRISTOPH LENGWILER

HINWEIS

Christoph Lengwiler (53) ist Professor und Leiter des Instituts für Finanzdienstleistungen Zug IFZ der Hochschule Luzern – Wirtschaft.

Bessere Rechte für Arbeiter

BANGLADESCH sda. Der Einsturz eines Fabrikgebäudes mit über 550 Toten in Bangladesch hat zur Folge, dass nun ein Aktionsplan für bessere Arbeitsbedingungen erstellt wird. Die Sozialpartner hätten sich darauf geeinigt, gab die Internationale Organisation für Arbeit (ILO) bekannt. Bei der nächsten Parlamentssitzung Mitte Juni solle eine Reform des Arbeitsrechts eingebracht werden. Im Vordergrund stünden dabei die Sicherheit am Arbeitsplatz, die Versammlungsfreiheit und die Ausarbeitung von Kollektivverträgen.

Bis Ende Jahr sollten die Bausubstanz und die Sicherheitsvorkehrungen aller Fabrikgebäude der Export-Textilbranche überprüft werden. Falls nötig würden Sofortmassnahmen ergriffen, bis hin zu einer Verlegung der Produktion. Die ILO werde die dazu nötigen Gelder und Techniken finden, hiess es weiter. Die Organisation sieht weiter vor, die beim Gebäude-Einsturz verletzten Personen auszubilden. Zudem empfiehlt die ILO Bangladesch, 200 zusätzliche Arbeitsinspektoren einzustellen.

Portugal streicht 30 000 Stellen

SPARKURS sda. Das hoch verschuldete Euro-Land Portugal hat am Freitagabend ein weiteres Sparprogramm vorgestellt. Die Wochenarbeitszeit von Beamten soll von 35 auf 40 Stunden erhöht und 30 000 Stellen im öffentlichen Dienst sollen gestrichen werden. Zudem werde das Rentenalter um ein Jahr auf 66 erhöht, erklärte Ministerpräsident Pedro Passos Coelho in einer Fernsehansprache. Die meisten Massnahmen sind ab 2014 geplant.

Der Staat will durch die Schritte bis 2015 insgesamt 4,8 Milliarden Euro sparen. Angesichts dieses Programms könnten Portugals europäische Partner nicht an der Ernsthaftigkeit des Sparwillens seines Landes zweifeln, so Coelho. Portugal musste vor zwei Jahren von EU und Währungsfonds mit 78 Milliarden Euro vor der Pleite bewahrt werden.

Fortsetzung von Seite 33

«Das Ungleichgewicht verschärft sich. Das beunruhigt uns.»

Zusätzliche Massnahmen sind also kein Thema?

Danthine: Selbstverständlich bestehen weiterhin Risiken, und man kann nicht ausschliessen, dass sich die Lage wieder zuspitzt. In diesem Fall müssten wir unsere Politik überdenken. Wir haben immer gesagt, dass wir nichts ausschliessen – zumal inzwischen sogar der Internationale Währungsfonds Negativzinsen als mögliche Massnahme genannt hat.

Vor der Tür stehen diese aber nicht?

Danthine: Wir analysieren die Lage laufend und entscheiden bei Bedarf.

Führt die Geldschwemme der Notenbanken mittelfristig nicht zwangsläufig zu einer starken Inflation?

Danthine: Selbstverständlich muss die Liquidität mittel- und langfristig wieder absorbiert werden. Vorläufig ist es aber so, dass der Grossteil der Geldmenge gar nicht in den Wirtschaftskreislauf gelangt. Die Banken, die Schweizer Franken erhalten haben, haben diese bei uns deponiert. Solange diese Liquidität nicht in den Wirtschaftskreislauf gelangt, führt die steigende Geldmenge nicht zu Inflation. Ausserdem muss die Nachfrage zu einem bestimmten Zeitpunkt das Angebot übersteigen. Global ist zurzeit das Gegenteil der Fall: Überall gibt es Kapazitäten im Übermass, das Angebot übersteigt die Nachfrage. Also steigen die Preise nicht. Wir sehen zurzeit absolut keine Inflationsgefahr. Hinzu kommt der starke Franken, der uns seit 18 Monaten eine Negativ-Teuerung beschert. Dies wird sich bis gegen Ende dieses Jahres nicht verändern.

Wie stellen Sie sicher, den richtigen Moment für eine Verschärfung der Geldpolitik zu erwischen?

Danthine: Das ist die grosse Frage. Die technischen Mittel, um die Liquidität im richtigen Moment abzuziehen, sind vorhanden. Zu wissen, wann dieser Moment gekommen ist, ist und bleibt die grosse Kunst der Geldpolitik. Es gibt keinen Roboter, der uns das sagen könnte – es ist eine Frage der Einschätzung.

Wie sind die Konjunkturaussichten für die Schweiz?

Danthine: Wir stochern zurzeit etwas im Nebel. Ähnlich wie andere Prognosen erwarten wir eine langsame Erholung der Weltwirtschaft, ausgehend von den USA und den Schwellenländern. Der Aufschwung sollte in der zweiten Hälfte dieses Jahres auch die Schweiz beeinflussen und sich im kommenden Jahr bestätigen. Nach 1 Prozent 2012 rechnen wir mit einem Wachstum von 1 bis 1,5 Prozent in diesem Jahr. Die leichte Verbesserung im zweiten Halbjahr sollte sich 2014 fortsetzen. Das ist nicht überbordend, sondern ein langsamer Aufschwung. Für eine stärkere Erholung fehlt es momentan an klaren Indikatoren.

Und wo liegen die Risiken?

Danthine: Die Risiken sind sehr gross. Die EU scheint länger als ursprünglich erwartet in der Rezession zu verharren, und die für Ende Jahr vorausgesagte Erholung könnte sich verzögern. Das grösste Risiko betrifft neue grosse Spannungen in der Eurozone. Das Bankensystem ist noch immer sehr anfällig für Krisen. Hinzu kommen die Schwierigkeiten für die betroffene Bevölkerung, mit dem Rückgang der Wirtschaft fertig zu werden. Wenn Ende dieses Jahres nicht ein wenig Licht am Ende des Tunnels sichtbar wird, könnte das zu grossen Belastungen führen.

Der Finanzplatz Schweiz befindet sich im Umbruch. Was bedeutet die Umstellung auf die Weissgeldstrategie für die Finanzstabilität?

Danthine: Wir befinden uns an einem Wendepunkt. Es steht sehr viel auf dem Spiel. Es geht aber mehr um die Wertschöpfung des Finanzplatzes als um die Finanzstabilität. Bei der wichtigen Frage, wie der Finanzplatz in Zukunft ausgerichtet ist, ist nicht in erster Linie die Nationalbank gefordert. Persönlich bin ich der Auffassung, dass die Schweiz sich nicht von der internationalen Entwicklung vollkommen abkoppeln kann, wenn sie den Anspruch hat, weltweit die grösste Verwalterin von Privatvermögen zu bleiben. Ich glaube, man muss sich anpassen.



Danthine ist schweizerisch-belgischer Doppelbürger. Hier am Sitz der Nationalbank in Bern.

Bild Pius Amrein

Jean-Pierre Danthine

ZUR PERSON red. Jean-Pierre Danthine (62) wurde vom Bundesrat auf Anfang 2010 ins dreiköpfige Direktorium der Nationalbank gewählt. Seit April 2012 amtiert der promovierte Ökonom als Vizepräsident der Schweizerischen Nationalbank. Der schweizerisch-belgische Doppelbürger war zuvor Professor an der Universität Lausanne und von 2006 bis 2009 Direktor des Swiss Finance Institute.

Mehr: Weitere Antworten vom SNB-Vize finden Sie online: **www.luzernerzeitung.ch/bonus**

Ermittlungen gegen Politiker

GELDWÄSCHEREI sda. **Luis Bárcenas**, der frühere Schatzmeister von Spaniens regierender konservativer Volkspartei PP, soll sich ein persönliches Schwarzgeldkonto in der Schweiz in Höhe von 22 Millionen Euro angelegt haben. Nun hat die Genfer Staatsanwaltschaft eine Untersuchung gegen den Politiker eröffnet. Falls sich die Anschuldigungen Madrids gegen Bárcenas betreffend allfälliger Geldwäscherei als zutreffend erwiesen, werde die Genfer Staatsanwaltschaft in der Schweizer Untersuchung die Federführung haben, sagte Staatsanwalt Jean-Bernard Schmid in der Sendung «19h30» des Westschweizer Fernsehens RTS vom Freitagabend.

Betroffen seien die Filialen einer deutschen Bank in Genf und Lugano sowie ein Genfer Treuhandbüro. Die spanische Justiz ermittelt gegen den früheren PP-Schatzmeister in einem Korruptionsskandal, in dem es um Verbindungen zwischen Parteimitgliedern und einem Netz von Unternehmern geht.

Dicke Geldumschläge zugesteckt

Neben der Unterhaltung eines Schwarzgeldkontos in der Schweiz soll Bárcenas über Jahre hinweg hohen Parteifunktionären heimlich Zusatzhonorare von bis zu 15 000 Euro monatlich in dicken Geldumschlägen zugesteckt haben. Aus «geheimen Papieren von Bárcenas» gehe hervor, dass Spaniens konservativer Ministerpräsident Mariano Rajoy pro Jahr rund 25 000 Euro erhalten habe, schrieb die Zeitung «El País» Ende Januar.